

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/144

2. August 1971

Oppositionspolitik auf Kosten der Berliner

Fakten gegen die Agitation der CDU und der  
CSU

Von Kurt Mattick MdB  
Vorsitzender des SPD-Fraktionsarbeits-  
kreises für auswärtige und innerdeutsche  
Beziehungen

Seite 1 und 2 / 83 Zeilen

Der Politik und dem Journalismus verpflichtet

Zum Tode des Verlegers und Chefredakteurs  
Arno Scholz

Seite 3 / 33 Zeilen

Fühlt sich der Bürger noch sicher?

Konsequenzen aus einem Umfrage-Ergebnis

Von Franz Löbert SPD-MdB  
Senator für Inneres der Freien und Hanse-  
stadt Bremen

Seite 4 und 5 / 81 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder  
5300 Bonn 8, Marsallasie 2-10  
Postfach: 9133  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37-38  
Telefax: 022 946 996 947/  
96548 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Oppositionspolitik auf Kosten der Berliner

Fakten gegen die Agitation der CDU und der CSU

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des SPD-Fraktionsarbeitskreises  
für auswärtige und innerdeutsche Beziehungen

Wohlüberlegt und mit Absicht schmälern CDU und CSU in einer unheiligen Allianz mit der rechten Sensationspresse die Position der Westmächte in den Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Berlin-Regelung. Durch die Veröffentlichung von geheimen Dokumenten und das Verlesen von Botschaftertelegrammen im Fernsehen wird die Vertrauenswürdigkeit der Bundesrepublik systematisch untergraben. Der Ost-"Experte" der CDU/CSU Dr. Marx schreckt nicht davor zurück, diese Schädigung deutscher und Berliner Interessen als parlamentarisch-demokratische Pflichterfüllung zu kaschieren. Wie anders klang es 1962 in der "Spiegel"-Affäre, als der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Strauß den Journalisten Conrad Ahlers in Spanien verhaften ließ und Bundeskanzler Konrad Adenauer die Veröffentlichung von Dokumenten, die zu jener Zeit nicht Unterlagen schwieriger Verhandlungen waren, einen "Abgrund von Landesverrat" nannte!

Dieselbe Partei, die sich in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung jede zusätzliche Berlin-Präsenz vom Berliner Senat und den Sozialdemokraten mühsam abringen ließ und die lange durch Konrad Adenauer geprägt war, der aus seiner Abneigung gegen Berlin und die Berliner nie einen Hehl gemacht hat, tut nun alles, um den erfolgreichen Abschluß der Vier-Mächte-Verhandlungen zu erschweren. In ihrem blinden Eifer, mit dem sie gegen die aktive Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung anrennt, verletzt sie nicht nur die primitivsten Regeln politischer Fairness, sondern setzt sich auch bedenkenlos über nationale und gemeinsame westliche Interessen hinweg.

Sie bedrängt die Bundesregierung, über Einzelfragen Auskunft zu geben, genau wissend, daß dies inmitten internationaler Verhandlungen, an denen die Bundesrepublik nicht direkt beteiligt ist, einen Bruch der notwendigen Geheimhaltung darstellen würde. Die Oppositionsführung, die von der Bundesregierung ständig vertraulich über den Verhandlungsstand informiert wird, läßt es zu, daß aus dem zweiten Glied mit diesem Entgegenkommen der Regierung Schindluder getrieben wird.

Nur allzu gerne möchten CDU und CSU, wie Dr. Marx es forderte, die Beurteilung ihres Verhaltens gegenüber Berlin in der Vergangenheit den Historikern späterer Generationen überlassen. Hatte doch bereits 1960 der damalige CDU-Staatssekretär Lahr den Verzicht

der Berliner auf Bundespässe und auf die Betreuung durch bundesdeutsche Vertretungen für zumutbar erklärt, nachdem 1958 die Regierung Adenauer, der er angehörte, einen Konsular-Vertrag mit der Sowjetunion ohne Berlin-Klausel abgeschlossen hatte.

Die Vertretung der Westberliner durch die Bundesrepublik auch im östlichen Ausland sicherzustellen, ist eines der Ziele, die in den Verhandlungen um eine Berlin-Regelung angestrebt werden. Als Gegenleistung dafür wünscht die Sowjetunion die Errichtung einer sowjetischen Dienststelle in Westberlin, die - wie alle dort bereits bestehenden ausländischen Vertretungen - bei den drei Mächten akkreditiert sein müßte und nicht der Botschaft in Ostberlin unterstellt sein dürfte. Aus einer solchen sowjetischen Vertretung einen Vier-Mächte-Status für Westberlin konstruieren zu wollen, ist bewußte Irreführung. Die CDU macht in diesem Zusammenhang offensichtlich den Versuch, bereits ein Haar in der Suppe zu finden, bevor diese überhaupt serviert ist.

Mit derselben Absicht wird die Frage der sogenannten "demonstrativen Berlin-Präsenz" hochgespielt. Nun war es kein anderer als der damalige CDU-Bundeskanzler Kiesinger, der 1969 erklärt hatte: "Es ist einfach die Frage: Was ist besser für Berlin und die Berliner, daß wir als Symbol der politischen Zusammengehörigkeit die Bundesversammlung dort abhalten oder daß wir etwas für sie herausholen, was für die Dauer ihre Position verbessert?".

Um solche dauerhaften Verbesserungen der Position der Berliner geht es in der Regelung, die von den Westmächten und uns angestrebt wird. Dazu gehören eine Vereinbarung über den Zugang nach Berlin, die Störungen in Zukunft ausschließt, eine Besuchsregelung für Westberliner in Ostberlin und der DDR analog den Bestimmungen für Bewohner der Bundesrepublik und die Sicherung der ständigen Präsenz der Bundesrepublik in Westberlin. Eine Regelung, die diesen Vorstellungen gerecht wird, würde das Leben eines jeden einzelnen Berliners spürbar und dauerhaft erleichtern und seinen Sicherheitsbedürfnis gerecht werden.

Die CDU/CSU hat ihre Hand gereicht zu dem Versuch, die Verhandlungen der Vier Mächte zu sabotieren, und beteiligt sich rücksichtslos an einer Diffamierungskampagne gegen die Bundesregierung, die die Interessen der Berliner vertritt. Auf diese Weise will sie sich anscheinend aus ihrer Zusage stehlen, mit der sie ihre Zustimmung zu den Ostverträgen nach Vorliegen einer befriedigenden Berlin-Regelung in Aussicht gestellt hatte. Ihr parteipolitisches Interesse am Scheitern der Ostpolitik hat Vorrang vor allen anderen Überlegungen. Die totale Opposition gegen die Brandt/Scheel-Regierung wird von einer undemokratischen Mächtigen getragen. Der geht so weit, daß der Bundesregierung alle möglichen Erfolge verdorben werden sollen, sei es auch auf Kosten nationaler und Berliner Interessen. (-/ex/2.8.1971/ks)

+ + +

## Der Politik und dem Journalismus verpflichtet

### Zum Tode des Verlegers und Chefredakteurs Arno Scholz

Aus dem politischen und dem Zeitungsleben von Berlin war er in den letzten 25 Jahren nicht wegzudenken - der Verleger und Chefredakteur Arno Scholz, Präsident des Berliner Zeitungsverlegerverbandes, engagierter Politiker und profilierter Journalist zugleich, hochgeachtet von allen, die mit ihm zu tun hatten. Sie schätzten seinen kritischen Rat und seine Erfahrung, erworben durch ein kämpferisches Leben. In Deutschlands dunkelsten Stunden stand er unter Berufsverbot, doch um so mächtiger klang nach dem Zusammenbruch seine Stimme nicht nur in Berlin, sondern weit darüber hinaus.

In der Geschichte Nachkriegsberlins ist der Name dieses Mannes unauslöschbar verzeichnet. Die Verbindung von Politik und bekennendem Journalismus prägte seine Persönlichkeit und bewirkte eine für ihn eigentümliche Dynamik. Kontemplative Betrachtung lag ihm fern, er zeichnete mit sicherer Feder nicht nur die wechsellvollen Geschehnisse der Zeitgeschichte nach, er wirkte mit an der vordersten Front der Agierenden und nahm Einfluß auf die politische Entwicklung. Von Arno Scholz kann man sagen, daß er zu den Männern gehörte, die sich in bittersten Stunden bewährten, in Stunden also, die Mut, Überzeugungstreue und Standhaftigkeit abverlangten. Er haßte jede Art von Opportunismus, und wo er ihm begegnete, konnte er recht zornig werden.

Die Motive seines Handelns bezog Arno Scholz aus den unverzichtbaren Werten der Demokratie, der Freiheit und der Gerechtigkeit. Sie fanden in ihm einen leidenschaftlichen Interpreten. Seine Schriften, Artikel und Bücher zeugen davon. Viele Auslandsreisen erweiterten seinen Horizont, und immer war es der Berliner Arno Scholz, der in unzähligen Gesprächen mit führenden Männern für die Sache seiner Stadt warb, für sie kämpfte und stritt.

Arno Scholz bleibt für die Berliner und für die deutsche Sozialdemokratie unvergessen.

(ae/ex/2.8.1971/ks)

+ + +

## Fühlt sich der Bürger noch sicher?

### Konsequenzen aus einem Umfrage-Ergebnis

Von Franz Löbert SPD-MdB

Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Bremen

Das "INFAS-Institut" Bonn-Bad Godesberg hat in einer Repräsentativumfrage zwischen Oktober und Dezember des vergangenen Jahres 1.908 Personen erfaßt, die älter als 18 Jahre waren, und sie zum Thema "Kriminalität und Sicherheit - Meinungen und Urteile der Bremer Bevölkerung" befragt. Das Ergebnis dieser Meinungsbefragung ist vor dem Hintergrund einer tatsächlichen Kriminalitätssteigerung zu sehen und soll Aufschluß über die wiederholt geäußerte Behauptung allgemeinen Unsicherheitsgefühls der Menschen auch in dieser Stadt geben.

Die Umfrage erfolgte in der Erwartung, eine kritische Antwort auf die Frage zu erhalten, ob sich der Bürger dieser Stadt trotz steigender Kriminalität noch sicher fühlt. Oder mit anderen Worten ausgedrückt: "Ist sein Vertrauen in die Organe der öffentlichen Sicherheit unserer Gesellschaft größer als die vorhandene Bedrohung durch die kriminellen Elemente dieser Gesellschaft?" Nur durch eine kritische Bestandsaufnahme werden Mängel erkennbar, und nur erkannte Mängel können behoben werden. So ist schon der Auftrag zu dieser Umfrage ein Stück zeitnahe Kriminalpolitik.

Eine Zusammenfassung des Umfrage-Ergebnisses ergibt folgende Fakten: 84 vH. aller befragten Bürger sind sich der steigenden Zahl der Verbrechen bewußt, und trotzdem haben weit über die Hälfte aller Befragten das Gefühl, in dieser Stadt in Sicherheit zu leben. 46 vH. fürchten, möglicherweise überfallen oder bestohlen zu werden, aber nur 18 vH. zweifeln an der Sicherheit in ihren Wohnungen. Die Tatsache der steigenden Bedrohung wird also allgemein ernst genommen, das Vertrauen in die Sicherheitsorgane ist erkennbar größer. Außerdem halten zwar nur etwas mehr als ein Viertel der Befragten die Polizei für zahlenmäßig ausreichend, aber dennoch haben 95 vH. soviel Vertrauen in die Wirksamkeit dieser Polizei, daß sie jede eigene zusätzliche Sicherung ihrer Person oder ihres Eigentums für unnötig halten und unterlassen.

Würden sich unsere Bürger durch die staatlichen Sicherungsmaßnahmen nur unzureichend geschützt fühlen, wären diese Zahlenverhältnisse sicher anders, denn mehr als die Hälfte der Befragten anerkennen die grundsätzliche Notwendigkeit und Verpflichtung für einen Bürger, sein Eigentum selbst zu schützen. Sie machen aber davon nur zu fünf vH. Gebrauch und beugen lediglich möglichen wirtschaftlichen Schäden zu 68 vH. durch eine Versicherung vor. So läßt sich also sagen, daß die überwiegende Mehrzahl der Bürger

sich in Sicherheit fühlt.

Wo werden nun die besonderen Risiken im Rahmen der Gesamtkriminalität vermutet? Die Kriminalstatistik zeigt, daß über 70 vH. aller angezeigten Delikte Angriffe auf das Sacheigentum darstellen. Dieser statistischen Tatsache entspricht es, wenn 30 vH. derjenigen, die sich überhaupt bedroht fühlen, einen Einbruch fürchten. 21 vH. dieser Gruppe sehen in dem Delikt "Alkohol am Steuer" eine konkrete Gefahr, 17 vH. halten die "Sittlichkeitsdelikte" für bedrohlich. Bandenbildung und randalierende jugendliche Schlägertypen verunsichern 22 vH. der Befragten, während nur eins vH. die Banküberfälle als Bedrohungsfaktor empfinden. Diese gefühlsmäßig geschätzten Anteilzahlen lassen erkennen, daß die Befragten ein sicheres Gefühl für die Erscheinungsform der heutigen Kriminalität haben. Dieses trifft übrigens auch für die oft zitierte "Gastarbeiter-Kriminalität" zu: nur vier vH. der Befragten sehen darin im Durchschnitt eine Bedrohung.

Ursächlich für die wirklichkeitsnahe Risikoeinschätzung ist vermutlich das rege Interesse, das die Menschen an der Kriminalität zeigen: 75 vH. lesen regelmäßig die Berichte über Straftaten in der Tagespresse, 75 vH. sehen die bekannte Fernsehsendung "Aktenzeichen XY ungelöst". So zeigt sich, daß das feststellbare Sicherheitsgefühl auf dem Boden einer bewußten Auseinandersetzung mit der Tatsache ansteigender Kriminalität steht und nicht das Ergebnis einer gefährlichen Verharmlosung oder von mangelndem Interesse ist.

Ich habe eingangs gesagt, daß eine solche Umfrage ein kriminalpolitisches Instrument sei, mit dessen Hilfe die erkannten Sicherheitsmängel gezielter behoben werden können. Die sehr umfangreiche und in ihren Einzelinformationen äußerst ergiebige Studie wird von den für die polizeiliche Effektivität verantwortlichen Fachleuten sehr aufmerksam untersucht werden. Zusammen mit dem Ergebnis einer im zu Beginn des Jahres begonnenen Strukturuntersuchung der polizeilichen Tätigkeiten einerseits und der örtlichen Kriminalität andererseits wird sie den Ausgangspunkt bilden für erforderliche Veränderungen und Erweiterungen im personellen und organisatorischen Aufbau unserer Polizei sowie deren Ausbildung und Ausrüstung.

Nicht nur die Qualität der Polizei ist mitentscheidend für Ausmaß und Erscheinungsform der Kriminalität. Es gilt mit gleichem Eifer auch nach solchen Ursachen zu forschen, die sich aus Problemen innerhalb unserer Gesellschaft ergeben. So wird dieses Umfrageergebnis auch für die Politik der Zukunft im weitesten Sinne eine wesentliche Orientierungshilfe sein im Bestreben, eine als sicher empfundene Stadt noch sicherer zu machen.

(-/wr/2.8.1971/ks)